



Brüssel, den 26.2.2026  
SWD(2026) 103 final

**ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN**  
**BERICHT ÜBER DIE FOLGENABSCHÄTZUNG (ZUSAMMENFASSUNG)**

[...]

*Begleitunterlage zum*

**Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates**  
**zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen und anderer Straftaten im**  
**Zusammenhang mit Feuerwaffen und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2024/1260 des**  
**Europäischen Parlaments und des Rates**

{COM(2026) 102 final} - {SEC(2026) 102 final} - {SWD(2026) 102 final}

<b>Zusammenfassung</b>
<b>Folgenabschätzung zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Feuerwaffen und anderer Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen</b>
<b>A. Handlungsbedarf</b>
<b>Weshalb? Worum geht es?</b>
<p>Die übergreifende Herausforderung in der EU besteht darin, dass <b>Gewalt mit Feuerwaffen eine Bedrohung für die Sicherheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger darstellt</b>. Die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen bzw. der Fälle, in denen Feuerwaffen zur Begehung einer Straftat verwendet wurden, ist nach wie vor hoch und nimmt an vielen Orten in der EU zu. Diese Herausforderung hängt unmittelbar mit der <b>hohen Verfügbarkeit unerlaubter Feuerwaffen im Gebiet der EU</b> zusammen, wenngleich es aufgrund des <b>Mangels an harmonisierten Daten</b> nicht möglich ist, das Phänomen genau zu beziffern. Es ist zu erwarten, dass die ohnehin schon hohe Verfügbarkeit unerlaubter Feuerwaffen noch weiter zunimmt, wenn der Konflikt in der Ukraine beendet ist oder sich stabilisiert.</p> <p>Der strafrechtliche Rahmen für solche Straftaten ist auf EU-Ebene <b>fragmentiert</b>. In den Mitgliedstaaten gelten unterschiedliche Definitionen von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen sowie unterschiedliche Strafen. Diese regulatorischen Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten <b>behindern die grenzüberschreitende Zusammenarbeit</b> und wirken sich negativ auf die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen aus. Zudem sind die <b>Strafmaße nicht in allen Mitgliedstaaten ausreichend wirksam und abschreckend</b>. Diese Probleme dürften sich aufgrund <b>neuer Technologien</b> wie dem 3D-Druck, der die Verfügbarkeit privat hergestellter Feuerwaffen erhöht, noch verschärfen.</p>
<b>Was soll mit dieser Initiative erreicht werden?</b>
<p>Das allgemeine Ziel besteht darin, <b>den Schutz der Menschen in der Union vor der Bedrohung durch unerlaubte Feuerwaffen zu verbessern</b>. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der EU zu erhöhen und die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen zu verringern.</p> <p>Um dieses allgemeine Ziel zu erreichen, werden in der Initiative vier <b>spezifische Ziele</b> festgelegt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erleichterung der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen</li> <li>• Sicherstellung einer zukunftssicheren Ahndung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen</li> <li>• Gewährleistung von in Art und Höhe wirksamen, abschreckenden und verhältnismäßigen Strafen für Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen</li> <li>• Verbesserung der Strafverfolgung und der justiziellen Zusammenarbeit sowie Harmonisierung der Datenerhebung zu Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen</li> </ul>
<b>Worin besteht der Mehrwert des Tätigwerdens auf EU-Ebene?</b>
<p>Die Maßnahme auf Unionsebene wird einen deutlichen Mehrwert bei der Bekämpfung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen, die in der Regel eine grenzüberschreitende Dimension aufweisen, im Vergleich zu dem bieten, was die Mitgliedstaaten allein erreichen können. Durch die Harmonisierung der rechtlichen Definitionen, die Angleichung der Strafmaße und die Bereitstellung von Instrumenten bzw. die Festlegung von Verpflichtungen</p>

für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten wird durch die Maßnahme auf Unionsebene ein einheitlicherer Rahmen mit einem Mindestmaß an harmonisiertem Schutz vor Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen geschaffen. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird erleichtert, und die Ermittlung und die Strafverfolgung werden verbessert. Darüber hinaus wird durch die Einbeziehung neuer Technologien eine zukunftsichere Ahndung sichergestellt.

Die Maßnahme auf Unionsebene wird auch anderen politischen Zielen der EU nutzen, da Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen häufig mit anderen Arten von Straftaten wie Geldwäsche, Terrorismus, Drogenhandel, Gewaltverbrechen, Fälschung oder anderen Formen der organisierten Kriminalität in Verbindung stehen, zu deren Bekämpfung die EU in den letzten Jahren eine Reihe von Rechtsvorschriften erlassen hat. Wirksamere Rechtsvorschriften würden zu wirksamen Strafverfolgungsstrategien beitragen und insgesamt die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union verbessern.

## B. Lösungen

### Welche gesetzgeberischen und sonstigen Maßnahmen wurden erwogen? Wird eine Option bevorzugt? Weshalb?

In der Folgenabschätzung werden vier politische Optionen bewertet:

- **Option 1** besteht aus einer **Reihe nichtlegislativer Maßnahmen**, deren Ziel es ist, den bestehenden Rechtsrahmen zu präzisieren und die Anwendung der Vorschriften durch die Mitgliedstaaten durchzusetzen. Die Maßnahmen zielen auch darauf ab, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und mit EU-Agenturen zu unterstützen. Den Maßnahmen liegt die Empfehlung zugrunde, den Schwerpunkt stärker auf neue Technologien wie den 3D-Druck zu legen und einen Mindestdatensatz zu Beschlagnahmen von Feuerwaffen in den Mitgliedstaaten einzuführen.
- **Option 2** umfasst **legislative Maßnahmen** zur Harmonisierung der Kriminalisierung der **Kerndelikte im Zusammenhang mit Feuerwaffen** (unerlaubter Handel, unerlaubte Herstellung, unerlaubte Änderung der Kennzeichnung und unerlaubter Besitz von Feuerwaffen), indem die Definitionen vereinheitlicht und Mindestvorgaben hinsichtlich der Höchststrafen festgelegt werden. Ziel dabei ist es, die Ermittlung, Verfolgung und Verurteilung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen zu verbessern. Durch den harmonisierten Rahmen wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtert. Die Option beinhaltet auch, dass ein legislativer Schwerpunkt auf neue Technologien gelegt wird, damit die Strafverfolgungsbehörden proaktiv und nicht nur reaktiv gegen die Bedrohung vorgehen können. Darüber hinaus umfassen die legislativen Maßnahmen Anforderungen in Bezug auf die Festlegung eines harmonisierten Mindestdatensatzes zu Beschlagnahmen von Feuerwaffen und die Übermittlung der entsprechenden Daten an die europäische Feuerwaffen-Plattform. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, fünf Jahre nach der Umsetzung der Richtlinie im Rahmen der Bewertung Daten über den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen zu erheben und der Kommission zu übermitteln. Schließlich beinhaltet diese Option eine spezielle Bestimmung, wonach die Mitgliedstaaten eine nationale Kontaktstelle für Feuerwaffen einrichten müssen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu verbessern.
- **Option 3** ist eine **Kombination aus legislativen und nichtlegislativen Maßnahmen**. Im Wesentlichen umfasst sie alle unter Option 2 beschriebenen legislativen Maßnahmen, wobei zusätzlich klargestellt wird, wie weiter gefasste Straftatbestände

im Zusammenhang mit Feuerwaffen in die Kerndelikte passen. Des Weiteren werden die legislativen Maßnahmen durch nichtlegislative Maßnahmen ergänzt, die die Umsetzung der legislativen Maßnahmen unterstützen sollen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Austausch von Erfahrungen mit neuen Technologien und der Erleichterung der gemeinsamen Erprobung von Bauplänen im Zusammenhang mit diesen neuen Technologien. Ein weiterer Bestandteil dieser Option ist die Einrichtung einer Fokusgruppe zum Informationsaustausch, um die Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden zu erleichtern.

- **Option 4** baut auf den unter Option 3 beschriebenen Maßnahmen auf und verleiht ihnen einen größeren Umfang. Die **legislativen Maßnahmen** erstrecken sich nicht nur auf die Kerndelikte im Zusammenhang mit Feuerwaffen, sondern auch auf andere **Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen** wie die unerlaubte Reaktivierung deaktivierter Waffen, unerlaubte Vermittlungsgeschäfte, Verstöße gegen Waffenembargos und Fehlverhalten in Verbindung mit der Führung von Aufzeichnungen und der Erteilung von Genehmigungen. Die Option umfasst zudem eine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, jährlich Daten über den unerlaubten Handel mit Feuerwaffen zu erheben und der Kommission zu melden.

Die bevorzugte Option ist **Option 3**, da hiermit alle ermittelten Probleme und Ziele auf verhältnismäßige und wirksame Weise angegangen werden. Option 1 wird für sich genommen als nicht wirksam genug angesehen, da nichtlegislative Maßnahmen nicht den erforderlichen Anstoß für bedeutende Veränderungen geben. Mit Option 2 würden zwar alle Probleme und Ziele angegangen, allerdings wird diese Option aufgrund des Mangels an zusätzlicher Unterstützung für ihre Umsetzung als weniger wirksam erachtet. Option 4 wird als wirksam betrachtet, um die genannten Ziele zu erreichen, aber ihre Umsetzung stellt eine unverhältnismäßige Belastung für die Mitgliedstaaten dar.

#### **Wer unterstützt welche Option?**

Die Interessenträger vertreten unterschiedliche Ansichten in Bezug auf die politischen Optionen: Einige bevorzugten den nichtlegislativen Ansatz und sprachen sich dafür aus, dass die Bekämpfung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen weiterhin in nationaler Zuständigkeit bleiben sollte, während andere eine Gesetzgebungsinitiative befürworteten, die sich auf ein breites Spektrum von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen konzentriert. In dieser Hinsicht scheint die bevorzugte Option diejenige zu sein, die am ehesten geeignet ist, die verschiedenen Standpunkte miteinander in Einklang zu bringen.

Der in der öffentlichen Konsultation zu beobachtende allgemeine Trend deutet darauf hin, dass die Mitgliedstaaten eine Gesetzgebungsinitiative zur Harmonisierung der unterschiedlichen Definitionen unterstützen, einschließlich der Kriminalisierung der unerlaubten Erstellung, des unerlaubten Besitzes und der unerlaubten Verbreitung von geistigem Eigentum für den 3D-Druck (Bauplänen). Im Allgemeinen schien es, dass Behörden die stärksten Unterstützer der Gesetzgebungsinitiative unter den Interessenträgern waren. Viele Mitgliedstaaten schlugen einen Ansatz vor, bei dem verschiedene Optionen kombiniert werden, insbesondere im Hinblick auf die Harmonisierung der Straftaten und der Strafhöhe.

Der größte Widerstand gegen die Initiative kam von einem Teil von Bürgerinnen und Bürgern aus der EU und außerhalb der EU. An der Analyse der Antworten lässt sich jedoch ablesen, dass viele die Ziele der Initiative möglicherweise nicht vollständig verstanden haben: Mehrere Bürgerinnen und Bürger kritisierten die Initiative mit der Begründung, dass sich die EU, anstatt gesetzestreue Bürgerinnen und Bürger bzw. rechtmäßige Eigentümer ins Visier zu

nehmen, vielmehr auf die Verstärkung der Strafverfolgung und die Bekämpfung des illegalen Marktes konzentrieren sollte. Beides gehört genau zu den Zielen der Initiative.

### **C. Auswirkungen der bevorzugten Option**

#### **Worin bestehen die Vorteile der bevorzugten Option bzw. der wesentlichen Optionen?**

Mit der bevorzugten Option würden die Diskrepanzen zwischen den strafrechtlichen Rahmenbedingungen der Mitgliedstaaten beseitigt, indem die Definitionen der verschiedenen Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen und die Mindestvorgaben hinsichtlich der Höchststrafen auf Unionsebene harmonisiert werden. Es würde verhindert, dass Straftäter die Schlupflöcher und Lücken für ihre Machenschaften ausnutzen. Durch die Harmonisierung der strafrechtlichen Rahmenbedingungen würde die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verbessert und die Ermittlung und Verfolgung einschlägiger Straftaten für die nationalen Behörden erleichtert.

Dadurch dass die bevorzugte politische Option auch die Festlegung von Mindestdatensätzen und den Austausch von Daten zu Beschlagnahmen mit der europäischen Feuerwaffen-Plattform bei Europol umfasst, würden die Verfügbarkeit und Qualität von Daten erhöht und somit die Bedrohungsanalyse und Ermittlungen verbessert, was wiederum die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtern würde und als Richtschnur für künftige politische Maßnahmen dienen könnte. Mit der bevorzugten politischen Option würde außerdem der zunehmenden Bedrohung durch privat hergestellte Feuerwaffen begegnet, die schwieriger zurückzuverfolgen sind und einfach anhand von Anleitungen aus dem Internet hergestellt werden können.

Die bevorzugte politische Option würde dazu beitragen, die hohe Zahl der im Umlauf befindlichen unerlaubten Feuerwaffen zu verringern und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union unmittelbar zu verbessern.

#### **Welche Kosten entstehen bei der bevorzugten Option bzw. den wesentlichen Optionen?**

Die bevorzugte politische Option würde zu wirksameren Ermittlungen und einem breiteren Spektrum von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen und wesentlichen Bestandteilen führen. Damit verbundene Kosten würden durch den Bedarf an zusätzlichem Personal in den Mitgliedstaaten entstehen, um den potenziellen Anstieg der Zahl von Ermittlungen und Verfolgungen von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen zu bewältigen. Diese Kosten werden für alle Mitgliedstaaten auf insgesamt 4 069 175 EUR jährlich für mindestens die ersten fünf Jahre geschätzt.

Die Verwaltungskosten für die forensischen Dienste der Mitgliedstaaten dürften im Verhältnis zur Zahl der beschlagnahmten Feuerwaffen steigen. Diese Kosten werden auf 574 564 EUR pro Jahr für ballistische Gutachten in allen 27 Mitgliedstaaten und weitere 332 107 EUR pro Jahr für ballistische Gutachten zu digitalen Bauplänen geschätzt.

Darüber hinaus werden die Verwaltungskosten für die vollständige Einrichtung und Entwicklung nationaler Kontaktstellen für Feuerwaffen in allen 27 Mitgliedstaaten auf 12 070 917 EUR und für die Harmonisierung der Daten zu Feuerwaffen in den nationalen Datenbanken auf 10 800 000 EUR in allen 27 Mitgliedstaaten geschätzt.

Die Harmonisierung der strafrechtlichen Rahmenbedingungen in der EU für Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen wird dazu beitragen, die wirtschaftlichen Kosten von Gewalt mit Feuerwaffen in der Europäischen Union zu senken. Zwar liegen keine schlüssigen

Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Kosten von Gewalt mit Feuerwaffen in der EU vor, doch werden in einer Analyse, in der die im Rahmen des von der EU finanzierten Projekts INSIGHT durchgeführten Untersuchungen mit Untersuchungen zu den Kosten einer konkreten Schießerei in Schweden kombiniert wurden, die Kosten von Schießereien für die schwedische Gesellschaft für das erste Halbjahr 2024 auf etwa 120 bis 140 Mio. EUR geschätzt. Die Zahl ist rein theoretisch, da sie auf der Annahme beruht, dass die Kosten dieser einzelnen Schießerei extrapoliert und auf alle Schießereien angewandt werden können, die im ersten Halbjahr 2024 in Schweden stattfanden. Sie zeigt jedoch, dass die Kosten von Gewalt im Zusammenhang mit Feuerwaffen zwar schwer abzuschätzen, aber nicht vernachlässigbar sind.

#### **Worin bestehen die Auswirkungen auf Unternehmen, KMU und Kleinstunternehmen?**

Die bevorzugte Option hätte keine negativen Auswirkungen auf den legalen Markt. Sie würde Unternehmen, insbesondere KMU, zugutekommen, indem diese vor unlauterem Wettbewerb durch illegale Aktivitäten geschützt werden, die sich negativ auf das Image des gesamten Sektors auswirken und zu Gewinneinbußen führen.

Die Kriminalisierung der unerlaubten Herstellung, des unerlaubten Besitzes und der unerlaubten Verbreitung von digitalen Bauplänen und ihren Papierversionen zum Zwecke der Herstellung von Feuerwaffen oder wesentlichen Bestandteilen würde legalen Unternehmen helfen, indem ihre Rechte des geistigen Eigentums an den Modellen oder Innovationen geschützt werden.

#### **Wird es spürbare Auswirkungen auf nationale Haushalte und Behörden geben?**

Die jährlichen Kosten für zusätzliches Personal in den Mitgliedstaaten für die Ermittlung und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen sowie die zusätzlichen Verwaltungskosten für die forensischen Dienste werden für alle Mitgliedstaaten in den ersten fünf Jahren auf insgesamt rund 135 000 000 EUR geschätzt.

Die einmaligen Kosten für die vollständige Einrichtung und Entwicklung nationaler Kontaktstellen für Feuerwaffen und die Harmonisierung der Daten zu Feuerwaffen in den nationalen Datenbanken aller 27 Mitgliedstaaten werden auf 22 870 917 EUR geschätzt.

Die bevorzugte politische Option umfasst Maßnahmen zur Festlegung eines harmonisierten Mindestdatensatzes zu Beschlagnahmen von Feuerwaffen. Einige Mitgliedstaaten müssten ihre Datenbank umstrukturieren, um den harmonisierten Datensatz umzusetzen.

#### **Gibt es andere nennenswerte Auswirkungen?**

Die Initiative wird auch der Bekämpfung anderer Straftaten wie Geldwäsche, Terrorismus, Drogenhandel, Gewaltverbrechen, Fälschung oder anderer Formen der organisierten Kriminalität, gegen die die EU in den letzten Jahren eine Reihe von Rechtsvorschriften erlassen hat, zugutekommen. Da Straftaten im Zusammenhang mit Feuerwaffen häufig mit diesen Straftaten verbunden sind, würden wirksamere Rechtsvorschriften zu wirksamen Strafverfolgungsstrategien beitragen und insgesamt die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union verbessern.

Die Initiative wird besondere Wirkung für junge Bürgerinnen und Bürger haben, da unerlaubte Feuerwaffen zu dem besorgniserregenden Phänomen beitragen, dass junge Europäerinnen und Europäer in kriminelle Aktivitäten verwickelt und selbst Opfer von Gewalt mit Feuerwaffen werden.

<b>D. Folgemaßnahmen</b>
<b>Wann wird die Initiative überprüft?</b>
Fünf Jahre nach der Umsetzung, unter Berücksichtigung der für die Anwendung und Datenerhebung erforderlichen Zeit.